

Die Zugabe von Frauen mit beratender Stimme ist erfolgt beim Wohnungsausschuß (zwei Frauen), Anstaltsdeputation (eine Frau); in Frage kamen noch Bedienstete, Schulvorstand für Fortbildungs- und Fachschulen, Gewerbe- und Verkehrsamt als Lebensmittellieferanten, die Aufsichtskommission für das Brandhaus und die Unterstufungskommission des Feuerungsverbandes, und zwar die letztere, sowie der Schulvorstand der Fortbildungs- und Fachschulen mit zwei, die übrigen mit einer Frau; bei den anderen Ämtern wird ein Bedürfnis kaum anzuerkennen sein.

Fürher ist die Zutritt weiterer Frauen zulässig beim Jugendamt. Auch beim Gewerbeamt ist eine Umwandlung des Amtes in ein solches gemäß § 66 G. B. G. geplant, wobei Frauen mit beratender Stimme in Frage kommen. Den Vorgesetzten der acht öffentlichen milden Stiftungen können gemäß § 3 der Stiftungsordnung nur Bürger als Mitglieder angehören; eine Zutritt von Frauen mit beratender Stimme käme in Frage beim Hospital zum heiligen Geist, Waisenhaus, Versorgungsbau, Katharinen- und Weibchenstift, bei der Taubstummen-Erziehungsanstalt und bei der Anstalt für Jere und Epileptische, nicht dagegen beim Allgemeinen Almsenkassen und dem Hochscholhospital, ebenso nicht bei dem hiesigen Krankenhaus.

Der Magistrat gibt danach anheim: die Frauen mit beratender Stimme beim Bediensteten (eine), Gewerbe- und Verkehrsamt (eine), Aufsichtskommission des Brandhauses (eine), beim Schulvorstand für Fortbildungs- und Fachschulen (zwei) und bei der Unterstufungskommission des Feuerungsverbandes (zwei), ferner je eine freie in die Vorgesetzten des Hospitals zum heiligen Geist, des Waisenhauses, des Versorgungsbau, des Katharinen- und Weibchenstifts, der Taubstummen-Erziehungsanstalt, der Anstalt für Jere und Epileptische, endlich beim Jugendamt die Zutritt von einer oder zwei Frauen als Mitglieder vorzunehmen.

Arbeiter-Bildungsausschuß Frankfurt a. M.

Mit einem in allen Teilen gut gelungenen Kammermusikabend eröffnete der Frankfurter Arbeiter-Bildungsausschuß sein nachweihnachtliches Programm. Der Abend war Mozart gewidmet; über Mozarts Leben und Schaffen plauderte Musikdirektor Elsäßer. Mit erfreulicher Klarheit verstand er es, einen kleinen Auschnitt von dem zu geben, was Mozart zu hoher Bedeutung gebracht hat. Ihn zeichnete vor allem aus, daß seine Kompositionen höchste Natürlichkeit und ideale Schönheit aufweisen, die Kennzeichen wahrer Kunst. Das Quartett H. 6 hatte aus den Werken Mozarts drei prächtige Stücke gewählt: die kleine Nachtmusik, das Streichquartett in D-dur und das Abagio Menuetto und Finale aus dem Divertimento für Violine. Mit höchster Vollendung kamen die Kompositionen zum Vortrag, eine weiche, lockere und flackernde Weise des überfüllten Saales lohnte die Künstler.

Nächsten Freitag den 21. Januar findet im Zoologischen Garten ein Volksunterhaltungsabend statt, der das Motto: „Vom Krieg zum Frieden“ trägt, wobei Musik, Regitationen und Gesang vorgesehen sind. In diesem Unterhaltungsabend ist der Eintritt vollständig frei. Jedermann ist herzlich willkommen: der Beginn ist auf halb 9 Uhr festgesetzt.

An den Dranger.

Der Frankfurter Polizeipräsident gibt bekannt: Dem Händler Markus Wolfsthal, Bismarckstraße 30, Mitinhaber der Firma Wolfsthal & Sehring, Frankfurt a. M., Hanauer Landstraße 21, wird hiermit auf Grund des § 1 der Verordnung des Bundesrats über die Fernhaltung ungewisser Personen vom Handel vom 23. September 1915 (R. G. Bl. I. S. 603) der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art, sowie rohen Naturerzeugnissen, Holz- und Leuchtstoffen, sowie jegliche mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an einem solchen Handel untersagt, weil er für M. 1.25 eingekauft und im Großhandel für M. 1.70 bis 1.80 weiterveräußert hat.

Begen Ueberschreitung der Kartoffel Höchstpreise wurden durch Strafbefehl des Amtsgerichts bestraft: Carl Wilkom, Heinrichstraße 4, mit 60 Mark eventuell 6 Tagen Gefängnis, Franz Gafle, Epfsteinerstraße 24, mit 100 Mark event. 10 Tagen Gefängnis, Wilhelm Rohmann, Breitenstraße 16, mit 60 Mark event. 6 Tagen Gefängnis, Peter Bette in Niederborsfelden mit 60 Mark event. 6 Tagen Gefängnis, Anna Schneider, Altkönigstraße, mit 100 Mark event. 10 Tagen Gefängnis.

Schulfabrik Herz, A. G. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1915 wurde durch die Fortdauer des großen Krieges die Leistungsfähigkeit der Unterstufungskasse auf eine harte Probe gestellt. Die Unterstützung der Kriegsfamilien, welche in den ersten 5 Kriegsmontaten des Jahres 1914 im Durchschnitt 517 Mark die Woche erforderte, stieg im abgelaufenen Jahre um 60 Prozent auf durchschnittlich 828 Mark; die Zahl der unterstützten Familien betrug Ende 1915 = 120. Gegenüber diesen großen Verpflichtungen mußten die übrigen, laufenden Ausgaben der Kasse notgedrungen auf ein geringeres Maß beschränkt werden. Im ganzen betrugen die Ausgaben: für Kriegshilfe an die Familien der Einkerufenen 23.000,50 Mark, für fortlaufende Unterstützungen an frühere Arbeiter und Beamte, sowie an Witwen 6180 Mark, für einmalige Unterstützungen 2435 Mark, für Kinderfürsorge im Oktober und November 448 Mark und für Kinderfürsorge zu Weihnachten 1070 Mark.

Soziale Kriegsarbeit. Der zweite Vortragsabend über soziale Kriegsarbeit findet morgen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rönners statt. Es sprechen Herr Dr. Schlotter und Frau Ennenbach über: „Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt während des Krieges“.

Groß-Frankfurt. Es ist nichts Leichtes für ein Variété-Theater, in dieser künstlerischen Zeit mit einem abwechslungsreichen Programm aufzutreten, man muß es aber der Direktion nachsagen: auch diesmal ist es ihr gelungen, ein Programm zusammenzustellen, das den Darbietungen der ersten Januarhälfte wohl in keiner Weise nachsteht. Allen voran wieder das Paarspiel Paars, das mit seinen besten Originalcouplets reiche, wohlverdienten Beifall beim Publikum findet. Neben diesen beiden sehen wir noch einmal den urkomischen Margelli, der es versteht, die Zuschauer, wenn auch mit faden Witz, aus bester zu unterhalten. Nun zu den Reueiten. Den Reigen eröffnet die „feste“ Vortragskünstlerin Rini Hermann. In Anton Sattler lernen wir einen Jodelsänger kennen, der sich ein Grammophon als Begleitinstrument zu seinen Jodeln ausgesucht hat. Ihm folgt eine fünfköpfige Silputanten-Gruppe, die auf dem Gebiete der Akrobatik ganz Gefährliches leistet. Als humoristische Einlage bringen die Dreifachschön einen Ringkampf „ohne Schiedung“. Die Grotzillas zeigen einen Dresseakt von tropischen Vögeln, der viel Fleiß und große Ruhe verrät. ... Einen Kräftakt mit turnerischen Reueiten liefern die 3 Venardos. Hilda und Joseph Weller bilden ein Tänzerpaar, das mit seinen modernen Vantastikentzügen beim Publikum regen Beifall findet. Den Schluß des Programms befreitet die Schulkreiterin Taty von Zuehl, die mit großer Sicherheit auf der Bühne ihre reife Kunst zur Schau trägt. Endlich sei noch lobend des Orchesters unter bewährter Leitung von Paul Kramers gedacht. Alles in allem ein gewöhnlicher Abend, der wohl auch den Anspruchsollsten befriedigen wird, und der mit den Darbietungen im Theater nicht genug hat, der möge sich auch noch im Künstler-

Brett das neue Programm ansehen, wo er dann gewiß Befriedigung genug findet.

„Sunder Abend“ im Zoologischen Garten. Der am Mittwoch den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Zoologischen Garten stattfindende „Sunder Abend“ wird von folgenden Künstlern ausgeführt: Herr Dr. Schlotthauer vom Stadttheater Mainz (Geitere Vorträge); Herr Stella Richter vom Residenztheater in Wiesbaden (Regitationen); Herr Kurt v. Willenborn vom Neuen Theater und Tanz-Duette aus dem Volksstück „Das Glücksmädel“ von Max Weimann und Otto Schwarz; das abwechslungsreiche Programm wird ergänzt durch heitere Liebesvorträge des Herrn Fritz Karmund und Arien und Lieder des Goldenen Harnes Harry Kante. Am Flügel: Herr Albert Rischel. Eintritt 50 Pfennig; für Abonnenten frei; Saalöffnung 7 Uhr.

Frankfurter Kunstverein. Im Kunstverein, Jungbühlstraße 8, ist neu aufgestellt eine Kollektion von Gemälden des hiesigen Malers Wilhelm Kall.

Brand. Auf bis jetzt unauferklärte Weise geriet in der Glauburgstraße ein Fuhrwerk in Brand, dessen Besitzerin sich auf kurze Zeit entfernt hatte. Das Feuer fand durch die sich auf dem Wagen befindenden Asche und Erde reichlich Nahrung, und im Nu schlugen die Flammen meterhoch empor. Dank des tatkräftigen Eingreifens der Nachbarschaft, die schnell das Pferd in Sicherheit brachte und dem Feuer energisch zu Leibe ging, war der Brand in kurzer Zeit gelöscht.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Ein Falschmünzer. Die Schwurgerichtstagung ist am Samstag mit einer Verhandlung wegen Münzverbrechens zu Ende gegangen. Im vergangenen Herbst landete nach mancherlei Verhören unter falschem Namen der 27jährige Dekorationsmaler Julius Rauchensteiner hier in Frankfurt. Als ihm hier die Moneten knapp zu werden begannen, kam er auf den Gedanken, falsche zu machen. Wie man mit Gips hantierte, verstand er als Dekorationsmaler, und wie im übrigen das Falschmünzen gemacht werden mußte, hatte er in Schauerromanen gelesen. Und so kaufte er munter Gips und Blei und gab sich als Falschmünzwerkzeug. Sie fielen herzlich schlecht aus. Ganz ungenießbar für den Handel war das eine mit dem Bildnis des Königs von Bayern, mit den vier anderen, die das Bildnis des Königs von Württemberg trugen, konnte man zur Not einmal probieren, ob das Publikum auf den Reim ging. Deshalb gab Rauchensteiner eins von ihnen einem Künstler, der damit in einen Laden gehen sollte, in dem hinter dem Ladentisch eine recht alte Frau stand. Der Gewinn sollte geteilt werden. Der Künstler ging aber nicht zu der alten Frau, sondern auf die Polizei, die sich den Falschmünzer natürlich sofort heranzog. Die Geschworenen verurteilten ihn mildernde Umstände. Nach dem Gesetz war nunmehr auf eine Fuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren zu erkennen. Das Gericht hielt diese Mindeststrafe für ausreichend und erkannte außerdem auf fünf Jahre Ehrverlust.

Das Resultat des Frauen-Friedenskongresses.

Im Anschluß an den Haager Friedenskongress begaben sich zwei Delegationen zu 14 verschiedenen Regierungen, um ihr Mandat auszuüben, die Regierungen zu ersuchen, eine Einberufung einer Friedenskonferenz zu bewirken. Die beiden Delegationen sprachen bei den Regierungen Deutschlands, Österreichs, Ungarns, der Schweiz, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Hollands, Frankreichs, Englands, Russlands, Italiens, Belgiens und Nordamerikas vor. Auch beim Papst war eine der Delegationen. Der dauernde Arbeitsausschuß des Kongresses, der im Haag konstituiert wurde, berichtet über die Resultate, daß die Delegationen überall dieselben Worte hörten, sei es nun in Downing Street (Sitz des englischen Ministeriums) oder in der Wilhelmstraße gewesen. Überall haben die Frauen denselben Eindruck gewonnen, daß ein Friedenswerk der Neutralen nicht abgelehnt würde, wenn die Kriegführenden selbst auch nicht darum nachdenken würden. Eine dauernde zusammenhängende Friedenskonferenz der Neutralen ist daher der Vorschlag der Frauen, von dem sie allein Erfolg erhoffen. Der Bericht erwähnt einige Aussprüche von leitenden Staatsmännern über eine solche Friedensaktion, die allerdings nicht viel mehr sind, als belanglose Höflichkeit. Von den fünf in Europa besuchten neutralen Regierungen hält der Bericht drei für entschlossen und bereit, zu einer Friedenskonferenz zusammenzutreten. Und er appelliert an das Verantwortlichkeitsgefühl der anderen beiden der betreffenden neutralen Staaten, weil sie durch ihren Beitritt zu einer energischen Aktion die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges herabmindern könnten. Ferner begrüßt der Bericht den Erfolg der Friedenspropaganda in Schweden, wo an einem Tage in verschiedenen Teilen des Landes 400 Mark besuchte Friedensversammlungen stattfanden.

Das sind, nach dem Bericht, die Resultate des Friedenskongresses. Sie sind nicht größer, als erwartet werden konnte.

Telegramme.

Eisenbahner gegen die Wehrpflicht.

London, 16. Jan. (B. B. Nachrichtlich.) Der ausführende Ausschuß des Eisenbahnerverbandes nahm gegen die Dienstpflicht einen Beschlusantrag an, in dem es heißt, die Bill begründe die Konfiskation des Lebens der Bürger, ließe aber die materiellen Hilfsquellen der Nation in den Händen einer privilegierten Klasse und müsse daher von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die Vertreter des Zwangsprinzips seien offenbar von anderen Beweggründen geleitet, als den Sieg der Alliierten zu sichern. Das Versprechen des Premierministers beträfe einen Grundsat, welcher der Wählerchaft der Nation nicht vorgelegt habe, und widerspreche den nationalen Ueberlieferungen der letzten fünfzig Jahre. Das Versprechen hätte überhaupt nicht gegeben werden dürfen, es könne die Nation nicht binden. Der Beschlusantrag schließt: Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfiszieren, werden wir mit allen Mitteln die Konfiszierung der Männer, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, bekämpfen. — Der ausführende Ausschuß des Gewerksverbandes der Lokomotivführer und Heizer nahm ebenfalls einen Beschlusantrag an, der jede Art militärischer Dienstpflicht bekämpft.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Montag, 17. Jan., 7 Uhr: „Die selige Erzählung“. Dienstag, 18. Jan., 7 Uhr: „Jahrmärkte in Pulsnitz“. Mittwoch, 19. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten“. Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die selige Erzählung“. Freitag, 21. Jan., 8 Uhr (Vollstündig): „Ein toller Einfall“. Samstag, 22. Jan., 7 Uhr (Reueit): „Tante Tüschchen“. Sonntag, 23. Jan., 4 1/2 Uhr, unbestimmt. — 7 Uhr: „Tante Tüschchen“.

Königliches Theater.

Montag, 17. Jan., 7 Uhr: „Lumpenbubenbande“. Dienstag, 18. Jan., 7 Uhr: „Der Trompeter von Säckingen“. Mittwoch, 19. Jan., 7 Uhr: „Des Meeres und der Liebe Wellen“. Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die Königsfinder“. Freitag, 21. Jan., 7 Uhr: „Die Kabinenmeisterin“. Samstag, 22. Jan., 7 Uhr: „Carmen“. Sonntag, 23. Jan., 6 Uhr: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Montag, 24. Jan., 7 Uhr: IV. Symphoniekonzert. Dienstag, 1. Febr., 8 Uhr: Gastspiel Jadowitz: „Lohengrin“.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Montag, 17. Jan.: Geischlossen. Dienstag, 18. Jan., 7 Uhr: „Tannhäuser“. (Tannhäuser: Herr Christian Streich vom Stadttheater in Mainz a. G., Landgraf; Herr Billy Vader vom Stadttheater in Bremen a. G.) 12. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Große Br. Mittwoch, 19. Jan., 3 1/2 Uhr: „Petersens Rondscheit“. Auf. Abonn. Große Br. — 7 1/2 Uhr (zum ersten der Wohlfahrts- und Kriegunterstützungen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger), zum ersten Male: „Dorothea“. Operette in 1 Akt. Musik von J. Offenbach. Hierauf: „Der Gott und die Bajadere“. Melodram von Goethe. Musik von Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern. Ferner: 14. Ungarische Kapellprobe von Liszt. Zum Schluß, zum ersten Male (mit neuen Dekorationen, Kostümen und Requisiten): „Andersens Märchen“. Fantastisches Tanzspiel in 7 Bildern mit einem Vor- und Nachspiel. Musik von Oskar Nedbal. Auf. Abonn. Große Br. Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die verkaufte Braut“. (Marie: Herr Marie Schneider vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg a. G.) 12. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Gemischte Br. Freitag, 21. Jan.: Geischlossen. Samstag, 22. Jan., 7 Uhr: „Carmen“. 12. Vorstell. im Samstag-Abonn. Große Br. Sonntag, 23. Jan., 3 1/2 Uhr: „Petersens Rondscheit“. Auf. Abonn. Große Br. — 7 1/2 Uhr: „Dorothea“. Hierauf (mit neuen Dekorationen, Kostümen und Requisiten des Theaters des Festens in Berlin): „Andersens Märchen“. 11. Vorstell. im Sonntag-Abonn. Große Br. Montag, 24. Jan., 7 1/2 Uhr: „Die Jägerskate“. (Saxofon: Herr Billy Vader vom Stadttheater in Bremen a. G.) Auf. Abonn. Gemischte Br. Dienstag, 25. Jan., 7 Uhr: „Dorothea“. Hierauf (mit den neuen Dekorationen, Kostümen und Requisiten des Theaters des Festens in Berlin): „Andersens Märchen“. 13. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Große Br. Mittwoch, 26. Jan., 7 1/2 Uhr: „Mona Lisa“. Auf. Abonn. Große Br. Donnerstag, 27. Jan., 5 Uhr: „Carmen“. (Gitarrenmusik: Herr Billy Vader vom Stadttheater in Bremen a. G.) 13. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Große Br.

Frankfurter Schauspielhaus.

Montag, 17. Jan., 7 1/2 Uhr (Deutscher Komödienabend): „Der Fremde“. Hierauf: „Reueit“. Dann: „Eitliche Horberung“. Ferner: „Unter blauen Himmeln“. Zum Schluß: „Die Felsenkiste“. 12. Vorstell. im Montag-Abonn. Kleine Br. Dienstag, 18. Jan., 7 1/2 Uhr: „Der Liebestrank“. 12. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Kleine Br. Mittwoch, 19. Jan., 7 1/2 Uhr: „Was werden die Leute sagen?“ 12. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Kleine Br. Donnerstag, 20. Jan., 7 Uhr: „Die Jungfrau von Orleans“. Auf. Abonn. Besond. erm. Br. Freitag, 21. Jan., 7 1/2 Uhr: Ludwig-Thomas-Abend: „Die Felsenkiste“. Hierauf: „Die Medaille“. Auf. Abonn. Besond. erm. Br. Samstag, 22. Jan., 7 1/2 Uhr (zu Reueits Geburtstags): „Emilia Galotti“. 12. Vorstell. im Samstag-Abonn. Al. Br. Sonntag, 23. Jan., 11 1/2 Uhr: Matinee. Regitationen von Bruno Tuerchmann in archaischem Gewand. 1. Odysseus im Sturm (G. Gesang der Odyssee). 2. Odysseus in der Unterwelt (aus dem 11. Gesang der Odyssee). In deutscher Sprache mit begleitender Hornmusik. Besond. erm. Br. — 3 1/2 Uhr: „Zwei glückliche Tage“. Auf. Abonn. Besond. erm. Br. — 7 1/2 Uhr: Deutscher Komödienabend: „Der Fremde“. Hierauf: „Reueit“. Dann: „Eitliche Horberung“. Zum Schluß: „Die Felsenkiste“. Auf. Abonn. Al. Br. Montag, 24. Jan., 7 1/2 Uhr: „Was werden die Leute sagen“. 13. Vorstell. im Montag-Abonn. Al. Br. Dienstag, 25. Jan., 7 1/2 Uhr (zum erstenmal): „Engelbrecht“. Schauspiel in vier Akten von August Strindberg. 13. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Al. Br. Mittwoch, 26. Jan., 7 1/2 Uhr: „Der Liebestrank“. 13. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Al. Br. Donnerstag, 27. Jan., 7 Uhr (zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers): Belehrung Friedrich I. mit der Karl Brandenburg. Hierauf: „Die Quipons“. Auf. Abonn. Besond. erm. Br.

Neues Theater.

Montag, 17. Jan., 8 Uhr: „Die selige Erzählung“. Auf. Abonn. Vollstündig. Br. von 50 Pf. bis 2,50 Mk. Dienstag, 18. Jan., 8 Uhr: „Gelegenheit macht — Liebe“. Abonn. B. Gew. Br. Mittwoch, 19. Jan., 8 Uhr: „Kora“. Abonn. B. Gew. Br. Donnerstag, 20. Jan., 8 Uhr: „Gelegenheit macht — Liebe“. Abonn. B. Gew. Br. Freitag, 21. Jan., 8 Uhr: „Der Weibsteufel“. Auf. Abonn. Gew. Br. Samstag, 22. Jan., 4 Uhr: „Strummelpeter wird Soldat“. Al. Br. — 8 Uhr (zum erstenmal): „Die große Pause“. Ein Lustspiel aus sozialen Friedenstag in vier Akten von Oskar Blumensthal und Max Bernstein. Abonn. B. Gew. Br. Sonntag, 23. Jan., 3 1/2 Uhr: „Generalprobe von ein kostbares Leben“. Vollstündig. Br. von 50 Pf. bis 2,50 Mk. — 8 Uhr: „Die große Pause“. Auf. Abonn. Gemischte Br. Montag, 24. Jan., 8 Uhr: (Einmaliges Gesamtkonzert des Kleinen Theaters in Berlin), zum 1. Male: „Schmerz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“; ein Lustspiel in 3 Aufzügen von Christian Dietrich Grabbe. Auf. Abonn. Große Br.

Sozialdemokr. Kreiswahlverein. Filiale Wiesbaden.

Mittwoch, den 19. Januar, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 49.

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung vom 4. Quartal.
 2. Renwahl des Vorstandes und der Revisoren.
 3. Stellungnahme zur Kreisversammlung, Wahl der Delegierten und Stellung eventueller Anträge.
 4. Verschiedenes.
- Wir erlauben unsere Mitglieder, insbesondere auch die Frauen, im vollständigen Erkelnen. Mitgliedbuch ist vorzugeben. Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49. Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt sich allen Fremden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01876

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

Am Bundesratssitz Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der gesetzlichen Vorschriften über die

Altersrenten.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, unter Zugrundelegung eines Gesetzentwurfs vorzulegen, wodurch die Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Bereits bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung habe ich die Auffassung vertreten, daß es sich hier um eine grundsätzliche, sondern um eine reine Instandhaltung handelt und daß es auf dem Gebiete der Altersversicherung wichtigste Ziele zu erreichen gibt. Man muß doch berücksichtigen, daß es neben der Altersrente die Invalidenrente gibt, die gewährt wird, wenn der Betreffende tatsächlich Invalid geworden ist. Das gilt auch heute noch. Ich hatte den verbündeten Regierungen zunächst empfohlen, eine Herabsetzung der Altersgrenze im Augenblick nicht eintreten zu lassen, weil ich mit dem Reichssekretär der Meinung war, daß es jetzt mitten im Kriege schwer sein werde, die Grundlagen zu finden, auf denen man diese Herabsetzung aufbauen könnte. Es ist ja auch unabweisbar, jetzt eine Erweiterung unserer sozialpolitischen Leistungen eintreten zu lassen, wo wir noch nicht übersehen können, was nach dem Friedensschluß auf diesem Gebiete an anderen, vielleicht wichtigeren Aufgaben an und herantreten wird. Nachdem aber die Kommission einstimmig sich für die Herabsetzung ausgesprochen hat, habe ich mich alsbald im Einvernehmen mit dem Reichssekretär an die Neubearbeitung der Sache gemacht und werde mit größter Beschleunigung den verbündeten Regierungen Gelegenheit geben, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis wird dem Reichstag bei seiner nächsten Tagung ein Bericht zugehen.

Abg. Möller (Sag.): Da alle Parteien des Hauses einig sind, ist es überflüssig, ausführlich auf die Sache einzugehen. Aber einige Gesichtspunkte möchte ich doch anführen, die, wie ich glaube, von den verbündeten Regierungen in Betracht gezogen werden müssen. Beim Privatangehörigen-Verpflichtungs-Gesetz ist bekanntlich beschlossen, daß die Privatangehörigen mit dem 65. Lebensjahre in den Genuss der Rente kommen. Die Reichsversicherungsordnung und das Witwenangehörigen-Gesetz sollen sich aber ergänzen. Alle Angehörigen mit einem Einkommen von weniger als 2000 Mark sind sowohl auf Grund der Reichsversicherungsordnung wie auf Grund des Privatangehörigen-Verpflichtungs-Gesetzes versichert. Also für die Privatangehörigen, die weniger als 2000 Mark haben, tritt in diesem Fall eine Lücke ein, wenn in dem einen Gesetz das 65., in dem anderen Gesetz das 70. Lebensjahr als Grenze für den Bezug der Altersrente steht. Ferner hat die jetzige Altersgrenze für die Arbeiter das Bedenken, daß der Arbeiter sehr schwer nach Arbeit findet. Selbst wenn er noch eine gewisse Leistungsfähigkeit besitzt, wird er doch meist von vornherein zurückgewiesen. So kann es kommen, daß er auf den Anspruch auf Invalidenrente verliert. Deshalb ist es dringend notwendig, daß ihm auf jeden Fall beim Eintritt des 65. Lebensjahres eine gewisse Beihilfe gegeben wird. Die Leute über 65 Jahre sind in vielen Fällen noch nicht invalide, stehen aber an der Grenze der Invalidität. Die Mittel für die Herabsetzung der Altersgrenze müssen zu beschaffen sein. Im Jahre 1890 hat man angenommen, daß man mit den damaligen Beiträgen nicht auskommen würde, daß eine wesentliche Erhöhung notwendig sein würde. Aber die Beiträge sind nicht erhöht. Die Invaliditätsgrenze ist herabgesetzt, das Heilversahren ist eingeführt und trotzdem sind noch große Überschüsse erzielt worden. Das Vermögen der Bundesversicherungsanstalten ist auf über 2 Milliarden gewachsen. Man kann mit Sicherheit damit rechnen, daß die Einnahmen ausreichen werden, um das zu decken, was die Herabsetzung der Altersgrenze an Mitteln erfordert wird. Gewiß wird auch der Krieg eine erhebliche Belastung der Versicherungsanstalten zur Folge haben. Aber um diese aufzubringen, muß das ganze Reich mit seiner ganzen Kraft eintreten, darunter darf die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente nicht stehen. Schließlich möchte ich die Regierung ersuchen, die alte Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung aufzunehmen, daß die Rentenansprüche, die aus der Invalidität resultieren, abgeleitet werden, dem Reiche getragen werden. (Beifall b. d. Sag.)

Die Abg. Weder-Knabbe (Sag.), Bockmann (Sag.), Weinhausen (Sag.), Dr. Cretz (Sag.) und Mumm (Sag.) erklären ihre Zustimmung zur Herabsetzung der Altersgrenze. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Die dritte Beratung der gesetzlichen Vorschriften über die Altersgrenze wird auf Antrag Bockmann (Sag.), dem sich Abg. Bockmann (Sag.) anschließt, vorbehalten, damit, falls die Regierung einen Gesetzentwurf einbringt, ein solcher bei der dritten Lesung vom Hause ausgearbeitet werden kann.

Es folgt die Beratung der

Befindungsfragen.

Hierzu beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Sag.), die Lösung der in Feindland stehenden Mannschaften ab 1. Dezember 1915 auf 80 Wagnis, für die im Inland befindlichen auf 50 Wagnis festzusetzen, sowie die bisher bezahlten Zulagen der Mannschaften aus weiteren zu gewähren. Zu der Resolution der Kommission, die eine weitere Reform der Kriegsbesoldungsordnung wünscht, beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Sag.) den Zusatz, daß die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden und daß Zulagen befristet werden, denen eine erhebliche Mehrleistung nicht gegenübersteht. Weiter beantragen die Abg. Albrecht und Genossen, daß die Resolution, die die Erhöhung des Befindungsgehaltes für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 120 Mark pro Tag erhöhen will, dem Reichsanwalt nicht als Material, wie die Kommission wünscht, sondern zur Veranschaulichung übergeben wird.

Abg. Stücken (Sag.): Wir sind für eine sofortige allgemeine Herabsetzung der Mannschaften. Die ganze Kriegsbesoldungsordnung hätte gut den Verhältnissen angepaßt werden können. Die Regierung scheint in Uebereinstimmung mit der Ansicht der Ansicht zu sein, die Kriegsbesoldungsordnung sei ein Ausfluß der Kommandogewalt. Die Mehrheit des Reichstages ist anderer Ansicht, und doch die Ansicht der Mehrheit des Reichstages die richtige sei, haben Sachverständige nachgewiesen. Die Regierung hat einige Änderungen vorgenommen, aber sie hat unten angefangen und verlagert oben. Wo beginnt sonst jemand monatelang hindurch doppelte Gehälter? Die Neuregelung hat dazu geführt, daß zwar eine Anzahl Beamter erheblich weniger als bisher bezog, einige aber auch mehr. Warum die Beamten des Reichsmilitärgerichts, Kriegszulagen erhalten, ist völlig unverständlich. Wir müssen auch verlangen, daß man an den Offiziersgehältern nicht vorbeigeht. Den Offiziersstellvertretern hat man aber 30 Mark abgezogen. Davon abgesehen, ist die ganze Stellung der Offiziersstellvertreter eine ungeschickliche. Im Reichsboten hat jemand die höhere Dolmetscher der Feldpost aus dem Amt motiviert, daß sie Gelegenheit haben müßten, ihr Gehältn zu bezahlen. Die Kriegsbesoldung der Offiziere ist auf einen Krieg von kurzer Dauer zugeschnitten. Jetzt liegen die Dinge anders, und die Regierung sollte selber einspringen und Remedur schaffen. In dieser Forderung liegt keine Unfreundlichkeit gegen die Offiziere. Wir müssen aber Rücksicht auf die Finanzen nehmen. Man kann zugeben, daß die Herren im Felde größere Aufgaben haben. Das rechtfertigt aber nicht die hohen Gehälter, die bezahlt werden. Dafür wollen wir die Löhne der Mannschaften erhöhen, und das rechtfertigt sich durch die allgemeine Teuerung. Nach welchen Grundätzen werden eigentlich die leitenden Beamten der Wirtschaftsausschüsse gewählt? Nach den Uniformen, die sie tragen, scheinen manche über gute Beziehungen zu verfügen. Mehrere beschwerten dann die übrigen Anträge seiner Fraktion. Lehnt die Regierung die Forderungen des Reichstages ab, so soll dieser seine Macht gebrauchen und die Regierung zwingen.

Abg. v. Galka (natl.): Die Kriegsbesoldungsordnung ist wirklich ein schönes Gesetz (Beifall), aber ihre Reform verlangt viel Zeit und muß daher auf den Frieden verschoben werden. (Zustimmung bei den National Liberalen.)

Stellvertreter Kriegsminister v. Wandel: Die vom Reichstag im August noch verlangte Revision der Kriegsbesoldungsordnung ist in Angriff genommen worden und wird weiter durchgeführt. Der finanzielle Effekt der getroffenen Änderungen, die auch in Abzügen bei den Offizieren bestehen, geht in die Tausende von Millionen. Auf die kritische Frage der Rechtsgültigkeit der Kriegsbesoldungsordnung gehe ich nicht ein. Einfach schematisch die Mannschaften um 50 Prozent zu erhöhen, geht nicht an, es würden manche, die heute schon genügend entlohnt sind, dabei mit erhöht werden. Auch wären die finanziellen Wirkungen sehr erheblich. Während des Krieges ist es ganz unmöglich, eine vollständige neue Kriegsbesoldungsordnung auszuarbeiten. Jedenfalls werden wir die Kriegsbesoldungsordnung gründlich prüfen und mit Vorschlägen (der Redner verbeifert sich) Mittelungen über die getroffenen Änderungen an den Reichstag herantreten. Die sozialdemokratischen Anträge bitte ich abzulehnen, sie sind nicht durchführbar. (Beifall.)

Reichssekretär Dr. Helfferich: Es ist nicht richtig, daß wir bei der Reform der Kriegsbesoldungsordnung nur unten angefangen haben und oben sparen. Es muß auch betont werden, daß mit dem Bezug von doppeltem Gehalt anfermumt worden ist. Wir sind also keineswegs so kalt und abnehmend, wie Herr Stücken gemeint hat. Für den Mann draußen spielt die Geldbesoldung nur eine Nebenrolle, wichtiger ist für ihn, was er von der Truppe erhält und daß für seine Familie zu Hause alles mögliche geschieht. Ueber das, was bisher schon geschehen ist, noch hinaus will ich gern mit dem Kriegsminister erneut verhandeln. Auf diesem Wege werden wir mit weniger Geld, viel mehr leisten können, als mit einer Erhöhung der Mannschaften für die ganze Armee. Solchen Anträgen zu widersprechen, ist ja nicht leicht, aber ich werde mich von den strengen Bahnen meiner Finanzpolitik nicht abbringen lassen, damit wir auch finanziell durchhalten können. (Beifall.)

Abg. Neumann-Geser (Sag.): Man sollte von dem Grundsatze ausgehen, daß im Kriege nicht mehr bezahlt wird als im Frieden; dann ist die Revision der Kriegsbesoldungsordnung sehr leicht. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Revision der Offiziersgehälter stimmen wir zu, dagegen können wir den Antrag auf Erhöhung der Mannschaften der Regierung nur als Material überreichen, weil und gegenwärtig noch die nötigen Unterlagen fehlen. (Zustimmung bei der Reichsfraktion Volkspartei.)

Abg. Dr. Söcher (Sag.) tritt für die Anträge der Kommission ein.

Abg. Arth (Sag.) wendet sich gegen jede Kürzung der Offiziersgehälter.

Abg. Werner-Hersfeld (Sag.) schließt sich der Forderung auf Revision der Kriegsbesoldungsordnung an.

Abg. Stücken (Sag.): Ich stimme dem Staatssekretär darin bei, von einer Bezahlung der militärischen Leistungen könne keine Rede sein. Wenn man das aber anführt, um die Erhöhung der Mannschaften zu bekämpfen, dann darf man auf der anderen Seite nicht sagen, an den Gehältern der Offiziere darf nicht getastet werden. Die Unterstellung, als ob wir unsere Anträge nur aus agitatorischen Gründen stellen, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Die Sorge für die Reichsfinanzen teilen auch wir, gerade weil wir uns bewußt sind, daß später, wenn einmal die Deckungsfrage erledigt wird, auch die Sozialdemokraten der Frage werden näher treten müssen, wie wir dabei mitarbeiten werden. Deshalb dringen wir auf der einen Seite auf weitgehende Sparsamkeit und wünschen, daß auf der anderen Seite den Soldaten das gegeben wird, worauf sie Anspruch haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über die Resolutionen wird auf Montag vertagt.

Es folgt die Besprechung des

„Baralong“-Fall.

Abg. Graf Westarp (Sag.) als Berichterstatter: Ein feiger Mord ist geschehen. Tapfere deutsche Soldaten sind in der christlichen Ausführung ihres Berufs dem wilden Feind zum Opfer gefallen, der schändliche amerikanische Flaggens mißbraucht hat. Die Schmach ist von der englischen Regierung scharf abgelehnt worden, und in ihrer Antwort auf das Verlangen nach Sühne hat England die schwersten verurteilenden Beleidigungen gegen unsere Armee ausgesprochen. Diese Note ist ein Denkmahl der Schande Englands. Die in der deutschen Antwortnote über die einzelnen von der englischen Regierung vorgebrachten Fälle, sind, wie alle Parteien anerkennen, klar, schlüssig und unumwunden. Die weitere Antwort muß in entschlossener Tat bestehen. Seine Verhandlungen über die Möglichkeiten solcher Tat hat der Auswärtige sehr deutlich erklärt und richtet auch an das Haus die Bitte, sich auf Einzelheiten nicht einzulassen. (Beifall bei der Reichsfraktion.)

Abg. Koste (Sag.): Mit heller Empörung haben alle Kreise des deutschen Volkes von der englischen Note in der „Baralong“-Affäre Kenntnis genommen. Bei den ersten Berichten über die bestialische Hinrichtung der Mannschaften eines deutschen U-Bootes durch die Besatzung eines amerikanischen Kreuzers hegte man Zweifel an der Richtigkeit der Angaben. Aber es kann nicht mehr an ihrer Richtigkeit gezweifelt werden; die Aussagen der amerikanischen Zeugen verdienen vollen Glauben. (Sehr wahr!) Amerikaner hätte die englische Regierung und englische Presse eine Entschuldigung zur Schau getragen. Ihr Schweigen muß als Schuldbekennung bewertet werden. (Sehr richtig!) Mit Genugtuung ist es auch allgemein aufgenommen worden, als feinsten die englische Regierung durch Repressalien genötigt wurde. Gefangene, Offiziere und Mannschaften deutscher U-Boote, wirklich als Kriegsgefangene zu behandeln. Jede Regierung und jedes Volk hat allen Anlaß, das Zusammenarbeiten der Nationen nach dem Kriege nicht unnötig zu erschweren. Diese Bereitwilligkeit läßt aber die englische Baralongnote absolut vermissen, sie ist das Empörendste, was wir bisher aus Mäulern des Krieges als diplomatisches Gebilde an Synismus erlebt haben. (Beifall bei der Reichsfraktion.) Die Ausfälle der englischen Regierung laufen indirekt auf eine Missung des Wortes an den deutschen Seelen hinaus. Dafür hat das deutsche Volk gar kein Verständnis, es muß selbstverständlich volle Sühne fordern. Die englische Regierung erdreistet sich, deutschen Soldaten und Matrosen den beschimpfenden Vorwurf verbrecherischer Handlungen zu machen, gegen solche Verunglimpfung nehmen wir unsere Volksgenossen mit aller Entschiedenheit in Schutz. (Beifall bei der Reichsfraktion.) Die deutschen Soldaten sind keine Hunnen und Barbaren, unsere Söhne und Freunde im Felde lassen sich an menschlicher Gefühlsregung und an kulturellem Empfinden von den Soldaten der feindlichen Völker ganz gewiß nicht übertreffen. (Stille Zustimmung.) Die deutschen Soldaten sind nicht Abkömmlinge von Affen, die sich von Menschenfleisch ernähren und nur von Frankreich und England nach Europa ins Feld geführt werden. (Beifall bei der Reichsfraktion.) Die Angehörigen unserer Seeres und unserer Flotte stammen aus unserer Mitte und sind durch unsere politische und gewerkschaftliche Schule gegangen. Sie führen den Kampf in treuer Pflichterfüllung für die Sicherung ihres Landes, für ihre eigene Ehre und für die Zukunft ihrer Kinder. (Beifall bei der Reichsfraktion.) Auch die Männer auf den U-Booten verdienen nicht den Vorwurf des Barbarentums, am allerwenigsten aus englischem Munde. (Beifall bei der Reichsfraktion.) England hat, weil es an die Niederlegung unserer Heere nicht glaubte, den Ausdrucksungsrieg gegen unsere Frauen und Kinder unternommen. Vielleicht wäre auf den Jähzorn der englischen Note ein energischerer Ton am Platze gewesen. (Abg. Dr. Helfferich: Sehr! Sehr!) Aber ich billige die maßvolle Zurückhaltung. — Deutschlands gutes Recht ist ein besseres Argument als harte Worte. (Sehr wahr!) Natürlich darf der Baralongfall nicht durch einen papiernen Protekt erledigt werden, die deutsche Regierung muß die

